

Vorwärts immer, rückwärts nimmer

von Dierk Hirschel



↳ Dr. Dierk Hirschel ist Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales der Gewerkschaft ver.di.

Foto: © Kay Herschelmann

Die SPD will sich erneuern. Nach drei krachenden Wahlniederlagen müssen die Nachkommen August Bebels handeln. Sonst droht den roten Strolchen noch das Schicksal ihrer holländischen oder französischen Schwesterparteien. Martin Schulz will das Wahldesaster schonungslos aufarbeiten. Das ist gut so. Diagnose und Therapie sind jedoch innerparteilich umstritten.

Die Sozialdemokratie hat ihre Identität verloren. Die SPD ist nicht mehr der natürliche Anwalt der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten – geschweige denn der Gesamtbetriebsrat der Republik. Nicht einmal jeder Dritte traut der alten Partei der Arbeit in Gerechtigkeitsfragen noch etwas zu. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten wählt nicht mehr rot.

Dieser dramatische Vertrauensverlust hat einen Namen: Agenda 2010. Die Schröder-Regierung entwertete und entgrenzte menschliche Arbeit. Die Förderung schlecht entlohnter und unsicherer Arbeit, Hartz IV und die Rentenkürzungen hinterließen tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis sozialdemokratischer Arbeitnehmermilieus.

Weder die erfolgreiche sozialdemokratische Anti-Krisenpolitik 2008/2009, noch die soziale Handschrift in der letzten großen Koalition – Mindestlohn, Rente mit 63, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werksverträge, etc. – konnten das verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Zudem reichten die politischen

Reformen nicht aus, um die großen sozialen Probleme – hohe Unsicherheit, steigende Altersarmut, schlechte Schulen, mangelhafte Gesundheitsversorgung sowie Wohnungsnot – in den Griff zu bekommen.

Zwar setzte die SPD mit ihrem Gerechtigkeitswahlkampf auf die richtigen Themen. Da Sozialdemokraten aber seit 1998 bis auf eine kurze Auszeit (2009 bis 2013) mitregierten, hatten sie viele soziale Missstände, die sie im Wahlkampf skandalisierten, selbst zu verantworten. Olaf Scholz irrt, wenn er behauptet, die schwere Wahlniederlage könne nicht darauf zurückgeführt werden, dass die SPD sich nicht genügend für soziale Gerechtigkeit eingesetzt hätte.¹ Gut gemeint ist eben noch nicht gut gemacht.

Erblast Agenda 2010

Martin Schulz machte nach seiner Kandidatenkür zunächst alles richtig. Er kritisierte die kurze Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und gestand politische Fehler ein. Die vermeintliche Agenda-Kritik des Spitzengengossen katapultierte die SPD in den Umfragen nach oben. Dieser Zauber des Anfangs zeigt, welches Potenzial eine sozialdemokratische Partei noch immer hat, wenn sie sozialdemokratische Politik macht.

Der „Schulz-Hype“ beruhte aber auf einem großen Missverständnis. Weder der neue SPD-Chef noch die Mehrheit der Parteispitze wollten den Bruch mit der Agenda-Politik. Im Gegenteil: Im Wahlkampf erzählte Merksels Herausforderer immer wieder die Geschichte von den angeblich wirtschaftlich erfolgreichen Reformen. Schulz beklagte nur, dass Merkel erntet, was Schröder pflanzte. Auf dem Dortmunder Parteitag durfte der innerparteilich

¹ Olaf Scholz: Keine Ausflüchte! Neue Zukunftsfragen beantworten! Klare Grundsätze! https://www.vorwaerts.de/system/files/keine_ausfluechte_olaf_scholz.pdf

umstrittene Altkanzler sogar die Eröffnungsrede halten.

Schröders Jobwunder ist aber nichts anderes als ein populäres neoliberales Märchen. Der vermeintliche Beschäftigungsboom der letzten 15 Jahre sprengte nie den Rahmen einer gewöhnlichen Konjunkturerholung. Die Jobrekorde sind maßgeblich darauf zurückzuführen, dass vorhandene Arbeit zu prekären Bedingungen umverteilt wurde und das Ausland mehr deutsche Waren kaufte. Wenn Unternehmen Vollzeit- in Teilzeitstellen oder Minijobs umwandeln freuen sich die Nürnberger Statistiker. Die Erwerbstätigkeit stieg von 39 (2005) auf 44,5 Millionen (2017). Das aktuelle Arbeitsvolumen – die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden – ist hingegen nicht rekordverdächtig. Von Rostock bis München wird heute nicht mehr gearbeitet als vor 25 Jahren. Zwischen Agenda-Politik und Jobwachstum respektive sinkender Arbeitslosigkeit gab es einen zeitlichen, aber keinen kausalen Zusammenhang. Gleichzeitig sorgte die Agenda-Politik für mehr soziale Ungleichheit. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ist somit nicht der Globalisierung und Digitalisierung geschuldet, sondern nationaler Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Der Streit um die Agenda-Politik ist keine ideologische Spiegelfechterei. Die Haltung zur Agenda-Politik bringt – bewusst oder unbewusst – einen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Standpunkt zum Ausdruck. Wer an das Jobwunder-Märchen glaubt, schluckt zentrale neoliberale Argumentations- und Deutungsmuster. Wer befürchtet, dass ein verkrusteter Arbeitsmarkt oder hohe Steuern und Sozialabgaben der Wirtschaft schaden, der kann sich nicht für eine umfassende Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und einen Ausbau des Sozialstaates begeistern.

Seit ihrer inhaltlichen Neuaufstellung 2013 leistet sich die SPD politische Parallelwelten. Der Agenda-Diskurs steht im eklatanten Widerspruch zum Gerechtigkeitsdiskurs. Die Parteiführung hat diesen Konflikt wegmoderiert. Hier liegt die zentrale programmatische Ursache für den schlechten Gesundheitszu-

stand der SPD. Zweifelsohne schaden eine späte Kandidatenkür sowie eine von Pleiten, Pech und Pannen geprägte Wahlkampagne der Partei. Die beste Kampagne ist aber ohne Diskursfähigkeit und Meinungsführerschaft zum Scheitern verurteilt.

Folglich konnte die SPD ihren Gerechtigkeitswahlkampf nur mit angezogener Handbremse und teils widersprüchlichen Botschaften führen. So fehlten im arbeitnehmerfreundlichen Wahlprogramm besonders konfliktbehaftete arbeitsmarktpolitische Re-Regulierungsvorschläge. Die Genossen drückten sich um eine gesetzliche Regelung der Leiharbeit, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Verleihungstag an fest schreibt. Eine Sozialversicherungspflicht von Minijobs ab dem ersten Euro schaffte es ebenfalls nicht ins Programm. Ferner wollten die Sozialdemokraten keine allgemeine Verlängerung des ALG I oder eine umfassende Reform von SGB II und Hartz IV (Regelsätze, Zumutbarkeit).

In der Rentenpolitik korrigierte die SPD zwar den Kurs der rot-grünen Regierung. Dafür standen beispielhaft die Forderung nach einem Rentenniveau von 48 Prozent und einer Solidarrente. Eine überzeugende Antwort auf die drohende Gefahr millionenfacher Altersarmut gaben die wahlkämpfenden Sozialdemokraten damit aber nicht.

Auch mit den angekündigten Bildungs-, Pflege-, Verkehrs-, und Wohnungsbauinvestitionen konnte die SPD nicht entscheidend punkten. Die avisierten Mehrausgaben hätten nicht ausgereicht, um die großen gesellschaftlichen Bedarfe zu decken. Das war nicht der Rechenschwäche des Willy-Brandt-Hauses geschuldet. Wer weder neue Schulden machen, noch Steuern erhöhen will, dem fehlt das nötige Kleingeld für eine Investitionsoffensive. Das rote Steuerkonzept sorgte zwar für mehr Steuergerechtigkeit. Ohne eine stärkere Besteuerung von großen Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinnen können jedoch keine substantiellen Mehreinnahmen erzielt werden.

Kurzum: Der gute Wille, die soziale Frage ins Zentrum des Wahlkampfes zu stellen, reichte nicht aus. Ohne klare politische Alternativen konnte die SPD sich nicht von den bürgerlichen Parteien abgrenzen. In wichtigen Politikfeldern des Gerechtigkeitswahlkampfes wurde den roten Strolchen sogar weniger zugetraut als den Unionsparteien. Ein roter Warenhauskatalog mit vielen guten Einzelforderungen ist eben noch kein gesellschaftspolitisches Reformkonzept. Zudem erhöhte die fehlende Machtperspektive nicht gerade die Umsetzungschancen.

Erneuerung mit arbeitnehmerorientierter Politik

Die SPD muss sich inhaltlich erneuern. Andrea Nahles fordert zu Recht, dass Sozialdemokraten wieder lernen müssen, den Kapitalismus zu verstehen und, wo nötig, scharf zu kritisieren. Wer die Welt verändern will, muss fähig sein sie zu interpretieren. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse und Kritik der Macht- und Ungleichheitsstrukturen des Kapitalismus. Das gilt besonders für einen Finanzmarktkapitalismus, der krisenanfälliger, ungleicher, umwelt- und demokratiefeindlicher ist als sein Rheinischer Vorgänger.

Die SPD braucht ein reformpolitisches Konzept. Die wichtigste Aufgabe einer sozialdemokratischen Partei ist die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Das war und ist die DNA des sozialdemokratischen Reformismus. Sozialdemokratische Politik muss arbeitnehmerorientierte Politik sein. Das bedeutet wohlgerneht kein Zurück hinter Godesberg. Aber ohne eine starke Verankerung in den unterschiedlichen Arbeitnehmermilieus kann es keine linke Volkspartei geben.

Deswegen sollten Sozialdemokraten konsequent für sichere, gesunde und tariflich entlohnte Arbeit – gute Arbeit – streiten und die Lebensrisiken der Beschäftigten mit Hilfe des Sozialstaats minimieren. Das erfordert eine höhere Tarifbindung, die Eindämmung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung sowie eine Lebensstandardsicherung bei Ar-

beitslosigkeit, Rente, Invalidität und Krankheit. Ferner muss die SPD fortschrittliche Antworten auf den Wandel der Arbeitswelt – Arbeit der Zukunft – durch Digitalisierung, neue Geschlechterrollen, demographischen Wandel und Migration geben. Hier geht es u.a. um die Aufwertung von Dienstleistungsarbeit, Arbeitszeitsouveränität, Qualifizierung und Humanisierung der Arbeit.

Eine solche arbeitnehmerorientierte Politik trifft natürlich auf den Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen. Das Machtungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt kann nur durch gewerkschaftliche Organisierung, durch Tarif- und Arbeitsrecht, durch Mitbestimmungsrechte sowie Sozialtransfers überwunden werden. Die Stärkung der Durchsetzungsmacht der Beschäftigten war eine große historische Leistung der Sozialdemokratie. An diese Tradition muss die SPD wieder anknüpfen.

Das geht auch in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass der Nationalstaat im 21. Jahrhundert arbeitsmarkt- und sozialpolitisch kaum mehr handlungsfähig ist. Oder in den Worten von Peter v. Oertzen: Manchmal klingen die Äußerungen über die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten unseres Landes ein bisschen so, als spräche dort nicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sondern die Sozialdemokratische Partei von San Marino.²

Unsere Nachbarn machen uns vor, wie wirkungsmächtig Arbeitsmarktinstitutionen und nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik heute noch sind. In Österreich werden trotz offener Grenzen alle Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt. Eine Pflichtmitgliedschaft der österreichischen Arbeitgeber in der Wirtschaftskammer macht dies möglich. In Frankreich führt die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu einer Tarifbindung von 80 Prozent. Österreichische Rentnerinnen und Rentner bekommen im Monat durch-

² Philipp Kufferath: Peter von Oertzen (1924-2008), Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017

schnittlich 800/600³ Euro mehr Altersrente als hierzulande. Das funktioniert, weil unser südlicher Nachbar sein Rentensystem nicht kaputtreformierte.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Einen Neustart braucht die Sozialdemokratie auch in wirtschaftspolitischen Fragen. In der Partei Kautskys, Bernsteins, Hilferdings und Schillers gab es in diesem Jahrtausend keine einzige ernstzunehmende wirtschaftspolitische Debatte mehr. Fast zwangsläufig orientiert sich die SPD am ökonomischen Mainstream und greift in dessen angebots- und ordnungspolitische Mottenkiste.

Die SPD sollte wieder eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die auf Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit abzielt. Dafür braucht die Partei ein eigenes wirtschaftspolitisches Konzept, eine politische Ökonomie der arbeitenden Menschen. Das bedeutet zunächst mehr Keynes und weniger Erhard. Der SPD fehlt eine gesamtwirtschaftliche Sicht auf die Volkswirtschaft. Wirtschaftskompetenz besteht nicht darin, den Ratschlägen des örtlichen Sparkassenvorsitzenden, Baulöwen oder Start-up-Unternehmers blind zu folgen. Der Arbeitsmarkt funktioniert nicht wie ein Kartoffelmarkt, wo der Preis – sprich der Lohn – das Angebot und die Nachfrage bestimmt. Deswegen ist eine gesamtwirtschaftliche Steuerung der Nachfrage durch Finanz-, Geld- und Lohnpolitik von zentraler Bedeutung.

Das erfordert auch ein Umdenken bei den Staatsfinanzen. Ein Staatshaushalt darf nicht geführt werden wie der Privathaushalt der schwäbischen Hausfrau. Schulden sind kein Teufelszeug. Entscheidend ist immer, wofür die Kredite verwendet werden. Schwarze Null und Schuldenbremsen verhindern hingegen Investitionen. Sozialdemokraten sollten vielmehr die staatliche Einnahmehasis dadurch stärken, dass sie große Einkommen und Vermögen höher belasten und Steuerbetrug bekämpfen.

Erst ein handlungsfähiger Staat kann die Produktivkräfte des Kapitalismus weiterentwickeln und den Strukturwandel aktiv gestalten. Digitalisierung, Verkehrs- und Energiewende dürfen nicht sozial und ökologisch blinden Märkten überlassen werden. Industrie- und Dienstleistungspolitik, Struktur- und Regionalpolitik sowie Forschungs- und Innovationspolitik sollten Richtung und Tempo der Veränderung vorgeben.

Eine solche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik müsste in Zeiten enger globaler Verflechtungen natürlich europäisch ausgerichtet sein. Getreu dem Motto: Mehr Europa, aber anders. Ein demokratisches und soziales Europa erfordert eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, ein gemeinsames Schuldenmanagement, eine Koordination der nationalen Sozialpolitiken, stärker regulierte Finanzmärkte und eine europäische Wirtschaftsregierung.

Reale Utopien

Diese ersten pragmatischen Schritte reichen aber nicht aus. Wenn die SPD die Deutungshoheit linker Politik zurückerobert und wieder linke Volkspartei werden will, dann braucht sie emanzipatorische Alternativen zum Kapitalismus.

Eine solche reale Utopie wäre beispielsweise die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Der fortschreitende Raubbau an den natürlichen Ressourcen und der Klimawandel bedrohen Lebenschancen und Lebensqualität. Der notwendige sozial-ökologische Umbau kann aber nur erfolgreich gestaltet werden, wenn abhängig Beschäftigte und Zivilgesellschaft demokratisch beteiligt werden. Die SPD könnte hier wieder an die großen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Debatten über Wirtschaftsdemokratie (1920er, 1950er und 1970er Jahre) anknüpfen. Sozialdemokraten haben lange dafür gestritten, dass die gesellschaftliche Macht – verkörpert durch die Selbstorganisation der Bürger, Produzenten und Konsumenten – über die Wirtschaft ausgeweitet wird.

3 800 Euro ist die Differenz bei Männern, 600 Euro bei Rentnerinnen.

Demokratie darf nicht vor dem Werkstor enden. Wenn die Unternehmen stärker demokratisiert werden sollen, müssen die betriebliche Mitbestimmung und die Unternehmensmitbestimmung ausgeweitet und vertieft werden. Die Beschäftigten und ihre Betriebs- und Personalräte sollten in allen wichtigen wirtschaftlichen Fragen – Betriebsänderungen, Entlassungen, Arbeitszeit, Personalbemessung, etc. – mitentscheiden. Wirtschaftsdemokratie bedeutet aber auch eine stärkere demokratische Steuerung wirtschaftlicher Prozesse auf regionaler und sektoraler Ebene. Dies könnte beispielsweise mit Hilfe von Wirtschafts- und Sozialräten, Branchenräten sowie öffentlichen Investitionsfonds geschehen. Kapitalsammelstellen in Arbeitnehmerhand – angelehnt an das Konzept des schwedischen Gewerkschaftsökonomen Meidner⁴ – könnten die gesellschaftliche Kontrolle über regionale und volkswirtschaftliche Investitionen ausüben. Dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum ihren Wohlfahrtszweck nicht oder nur mangelhaft erfüllen, müssten sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Bildung, Gesundheit und Pflege sind keine Waren, sondern öffentliche Güter. Sie sollten in einem öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektor durch öffentliche Unternehmen, Genossenschaften und Wohlfahrtsverbände erbracht werden. Darüber hinaus umfasst Wirtschaftsdemokratie auch die demokratische Beteiligung von Beschäftigten und Zivilgesellschaft an der Formulierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik (Geld-, Finanz-, Steuer-, Strukturpolitik, etc.).

Eine weitere reale Utopie wäre ein Recht auf gute Arbeit. Ein individuell einklagbarer Rechtsanspruch auf existenzsichernde, gesunde und sozial versicherte Arbeit. Auch hier bedarf es eines großen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektors, der die guten Arbeitsplätze schafft, welche die privaten Unternehmen nicht anbieten.

Weitere emanzipatorische Projekte, die Herrschaft, Ungleichheit und Privilegien in Frage stellen, gibt es reichlich. Die Sozialdemokratische Partei sollte wieder zu einem Ort werden, wo Debatten über gesellschaftliche Alternativen ausgetragen werden. Diese Debatten sollten gemeinsam mit Linken, Grünen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt werden. Gemeinsames Ziel sollte sein, das Leitbild einer Gesellschaft zu entwickeln, in der wir leben wollen.

Es gibt also viel zu tun. Wenn es der SPD gelingt, ihre ideologischen Altlasten zu entsorgen, sich in der Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik neu aufzustellen sowie reale Utopien zu entwickeln, dann könnte die Reha erfolgreich verlaufen. Das würde nicht nur den Gesundheitszustand der SPD verbessern. Wenn der Sozialdemokratie ein inhaltlicher Neustart gelingt, dann kann auch ein linkes Reformbündnis mittelfristig wieder gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. ■

⁴ Rudolf Meidner entwickelte ein Konzept für überbetriebliche Arbeitnehmerfonds. Sie sollten aus einer 20-prozentige Gewinnabgabe der großen Unternehmen gespeist werden.